

NEWSLETTER

NORD SÜD *news* IV/2020



Minenarbeiter in Madagaskar

Systematische Ausbeutung in Lieferketten

Transparenz hilft allen

In den aktuellen Krisen geben die Konzerne den Druck weiter. Das verschärft die Probleme am unteren Ende der Wertschöpfungskette. Ein Gesetz zur Unternehmensverantwortung könnte helfen – aber auch gewerkschaftliche Kooperation entlang der Lieferketten.

Zwei Jahrzehnte konnte Kinderarbeit zurückgedrängt werden – doch jetzt fürchten die UN und Hilfsorganisationen, dass der Trend sich wieder umgedreht hat. Durch die Covid-19-Pandemie verlieren viele Eltern ihre Beschäftigung, Töchter und Söhne müssen verstärkt zum Familieneinkommen beitragen. Ein Grund: Konzerne wälzen die Folgen der Corona-Krise auf die schwächsten Glieder in der Lieferkette ab.

»Die Pandemie hat in vielen Ländern des Globalen Südens zu einer Hunger- und Armutskrise geführt«, sagt Franziska Korn, Referentin für Wirtschaft und Arbeitsrechte bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. »Sie verfestigt die globale Ungerechtigkeit.«

80 Prozent des weltweiten Handels wird über Lieferketten abgewickelt. Als Lieferungen in diesem Jahr wegen geschlossener Produktionsstätten oder Grenzen ausblieben, konnten viele Unternehmen deshalb zeitweise nicht produzieren, egal ob Chemiehersteller, Auto- oder Maschinenbauer. In der Diskussion um die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten, die sogenannte Resilienz, interessieren sich Wirtschaftsverbände vor allem dafür, dass die Firmen versorgt werden. Menschenrechtsaktivisten und Gewerkschafter dagegen machen sich mehr Gedanken um die Produzierenden am Anfang der Kette. »Betroffen sind alle Menschen, die in globalen Lieferketten ohnehin von prekären Arbeitsbedingungen betroffen sind«, sagt Korn.

→

Inhalt

Lieferketten Transparenz hilft allen S. 1
Der Kommentar: Wir brauchen einen neuen Sozialvertrag 3
Fleischindustrie: »Traumatisch« — Die Schlachtbank der Welt
Textilindustrie: Angst, weggeschwemmt zu werden 5
Rohstoffindustrie: Volks-Ja zu Konzernverantwortung
Aus den Projekten »Wir brauchen das Verbandsklagerecht« 7
In Kürze Gewerkschaftsbewegung »unerlässlich« Todesanzeigen für lebende Gewerkschafter Alles andere als fair: Amazon Aktion gegen Gewalt an Frauen

www.nord-sued-netz.de NORD|SÜD NETZ

→ Schon vor der Pandemie mussten viele Millionen Menschen unter extrem prekären Bedingungen arbeiten: Erntearbeiter_innen in Asien und Afrika ebenso wie entrechtete Arbeitsmigrant_innen auf Baustellen in Katar, Beschäftigte in der Textilproduktion in Bangladesch oder in der Autoindustrie in Osteuropa – all jene, die keine oder befristete Verträge haben, die als Leih- oder als Werkvertragsarbeitende tätig sind. Als etwa europäische Modehersteller wegen nicht verkaufter Ware Aufträge in Milliardenhöhe stornierten oder produzierte Kleider nicht abnahmen, verloren Textilarbeitende in Bangladesch ihr Einkommen.

Gewerkschaften, die für eine Kompensation sorgen könnten, haben es schwerer. Nach einer Erhebung des Internationalen Gewerkschaftsbunds werden Arbeitsrechte weltweit so stark eingeschränkt wie zuletzt 2013. In 85 Prozent von 144 Ländern wird das Streikrecht, in 80 Prozent das Tarifrecht beschnitten. Besonders dramatisch ist die Situation in Ägypten, Bangladesch, Brasilien, Honduras, Indien, Kasachstan, Kolumbien, den Philippinen, der Türkei und Simbabwe. »Die Verfolgung nimmt in den Ländern zu, in denen es für die Beschäftigten ohnehin am schwierigsten ist«, sagt Korn.

Dass Unternehmen freiwillig auf Veränderungen in Lieferketten hinwirken, reicht nicht aus, meint die Expertin. »Gesetzliche Regulierungen sind erforderlich.« Ein Beispiel dafür ist ein Lieferkettengesetz, wie es zurzeit in Deutschland in Vorbereitung ist. Es soll Konzerne verpflichten, soziale Mindeststandards entlang der Lieferketten zu sichern. »Ein Lieferkettengesetz wäre auch eine Chance zur Stärkung der Gewerkschaften in den jeweiligen Ländern«, sagt Korn.

Es gibt solche Gesetze schon, in den Nie-

derlanden zur Verhinderung von Kinderarbeit, in Australien geht es auch um den Tatbestand Sklaverei. In Frankreich haben Unternehmen weitgehende Berichtspflichten, gleichzeitig haben Geschädigte ein Recht auf Wiedergutmachung für erlittene Schäden. Auch Handelsverträge und Zollpräferenzen können dazu beitragen, den Schutz von Arbeitnehmenden entlang der Lieferketten zu sichern.

Konzerne lagern die Herstellung in Länder mit geringem Lohnniveau aus, weil sie Kosten senken wollen. Zulieferer geben Aufträge an Subunternehmen weiter, um selbst zu sparen. »Das senkt die Sozialstandards«, sagt Barbara

> »Technisch ist die Produktion hochmodern, aber der Arbeitsschutz ist oft auf einem niedrigen Standard.«

Fulda von der Hans-Böckler-Stiftung. Dabei ein großes Problem: »Unternehmen wissen oft gar nicht, von wem sie was bekommen.« Deshalb ist Transparenz über die eigenen Lieferketten für Konzerne der erste Schritt, um Missstände überhaupt erkennen und abändern zu können. Transparenz nützt dabei nicht nur zur Sicherung von Menschenrechten und Sozialstandards, sie hilft den Unternehmen auch, die Widerstandsfähigkeit ihrer Lieferketten zu stärken. Stellen die Verantwortlichen eines Unternehmens beispielsweise fest, dass viele Zulieferer regional konzentriert sind, können sie Risiken minimieren, indem sie Aufträge verlagern.

Zu den Branchen, die stark auf internatio-

nale Lieferketten setzen, gehört die Automobilindustrie. Viele deutsche Hersteller und Zulieferer lassen in Osteuropa produzieren, in Rumänien ist Conti der größte Arbeitgeber. In diesen Ländern gibt es vielfach überhaupt keine oder nur auf betrieblicher Ebene Tarifverträge. Die Löhne sind sehr niedrig. »Technisch ist die Produktion hochmodern, aber der Arbeitsschutz ist oft auf einem niedrigen Standard, zum Beispiel sind Absauganlagen für die Luftreinigung teilweise unzureichend«, berichtet Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Die Fluktuation ist hoch, viele Beschäftigte sind als Leiharbeitende tätig oder befristet beschäftigt. Wo die Produktion wegen der Pandemie teilweise stillstand, bekamen die Beschäftigten in der EU Kurzarbeitergeld – außerhalb der EU häufig nicht.

In Ungarn betreibt die Regierung eine aktive Ansiedlungspolitik, insbesondere gegenüber deutschen Autobauern. Diese profitieren von einer als »Sklavengesetz« bezeichneten Regelung, nach der Beschäftigte in Ungarn bis zu 400 unbezahlte Überstunden im Jahr leisten zu haben, die erst nach drei Jahren ausgeglichen werden müssen. Auch das Lohngefälle im Land ist gravierend. Zwischen West- und Ostungarn liegt es beispielsweise bei bis zu 30 Prozent. »Branchentarifverträge sind in Ungarn Fehlanzeige, weil es keine Arbeitgeberstrukturen gibt«, berichtet Lemb.

Die IG Metall und die ungarische Branchengewerkschaft Vasas arbeiten entlang der Lieferketten der Autobauer in Form einer Transnationalen Partnerschaftsinitiative eng zusammen. Hier werden für Betriebsräte und Vertrauensleute Weiterbildungsmaßnahmen angeboten, es gibt Schulungen in Organizing. In drei IG-Metall-Büros stehen Ansprechpartner_innen für praktische Fragen zur Verfügung. Delegationen auf Betriebsräteebene sorgen für Erfahrungsaustausch. Ein Beispiel: Im Zuge der Tarifverhandlungen beim Mercedes-Werk in Kecskemét südlich von Budapest mit 4.000 Beschäftigten erkämpfte Vasas mit Warnstreiks Lohnerhöhungen von 26 Prozent über zwei Jahre – unterstützt durch die Partnerschaftsinitiative.

Die Kolleg_innen bei Mercedes in Deutschland wurden über den Arbeitskampf ständig informiert. »Es geht uns auch darum, den Verlagerungsdruck in der Automobilindustrie zu minimieren, indem die Arbeitsbedingungen in Osteuropa verbessert werden«, sagt Lemb. Unabhängig von solchen Projekten hält auch er eines für unverzichtbar: ein Lieferkettengesetz, das die Missstände vor Ort zumindest sichtbar und so Änderungen möglich macht.



Kinderarbeitende in Kaabong, Uganda

Autorin: Anja Krüger ist Journalistin, sie lebt in Berlin und beschäftigt sich unter anderem mit Gewerkschaftspolitik

Wir brauchen einen neuen Sozialvertrag

Die Regierungen waren unvorbereitet auf eine Krise wie die Covid-19-Pandemie. Damit das nicht wieder passiert, brauchen wir eine weltweite Einigung darüber, mehr Resilienz herzugehören stellen. Dazu grundlegende Rechte und der Schutz aller arbeitenden Menschen.

Die Covid-19-Krise hat eklatante Versäumnisse der nationalen und internationalen Ordnungssysteme aufgedeckt. Jahrelang hatten die Regierungen alle Warnungen der Wissenschaft ignoriert, dass solche Pandemien möglich und wahrscheinlich seien. So waren sie nicht vorbereitet, als das neuartige Coronavirus sich auszubreiten begann.

Hunderte Millionen Arbeitsplätze und die Existenzgrundlagen von mehr als 1,5 Milliarden informell Beschäftigten sind bereits verloren gegangen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen treffen unverhältnismäßig viele Frauen, Migrant_innen und andere diskriminierte Gruppen. Für eine ganze Generation junger Menschen haben sich die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie die Aussichten auf gute Arbeit in der Zukunft verschlechtert.

Das Virus hat eine Welt getroffen, in der soziale, ökologische und wirtschaftliche Risse bereits offensichtlich waren, und diese Risse haben sich vertieft – mit schwerwiegenden Folgen vor allem für die Ärmsten und die am meisten Ausgegrenzten. Die jüngste Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbunds zeichnet das Bild einer prekären Welt, in der die Menschen voller Angst um ihre Arbeitsplätze sind und kein Vertrauen in die Regierungen haben. Zugleich zeigt der diesjährige Globale Rechtsindex des IGB, dass weltweit der Trend anhält, die Rechte und andere Freiheiten arbeitender Menschen zu beschneiden.

Angesichts all dieser Faktoren sieht es aus, als sei die Welt unfähig, die Ausbreitung der Pandemie in den Griff zu bekommen. Die Erholung von den Covid-19-Folgen kann nur funktionieren, wenn die politischen Unterstützungsmaßnahmen darauf abzielen, zugleich die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Menschenwürdige Arbeitsplätze müssen geschaffen und erhalten, wirtschaftliche Sicherheit für arbeitende Menschen muss gewährleistet werden.



Die Corona-Pandemie hat die Arbeitswelt verändert. Viele Arbeitsplätze sind ganz verloren gegangen

Dafür braucht es einen neuen Sozialvertrag - auf der Grundlage eines Mindestmaßes an Sozialschutz, wie es die Internationale Arbeitskonferenz im vergangenen Jahr in ihrer Jahrhunderterklärung versprochen hat. Zu den zentralen Elementen gehören grundlegende Rechte für alle arbeitenden Menschen, Obergrenzen für die Arbeitszeit, ein angemessener Mindestlohn und Arbeitsschutz. All diese Rechte, die Verfügbarkeit aller grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen und gerechte Übergänge mit Blick auf den Klima- und Technologiewandel, die Arbeitsplätze und lebenslanges Lernen gewährleisten, werden für die Resilienz sorgen, die die Welt braucht.

Daneben sagen die Unterzeichner der Erklärung zu, Maßnahmen zu ergreifen, die weitere Schlüsselelemente eines neuen Sozialvertrags betreffen. Dazu gehören Geschlechtergleichstellung, die Formalisierung informeller Tätigkeiten, Jugendbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit in Lieferketten und sozialer Dialog. Ganz oben auf der Prioritätenliste des IGB steht der Arbeitsschutz, wobei es aktuell vor allem darum geht, die Übertragung des Virus am Arbeitsplatz zu verhindern. Wir bemühen uns darum, Widerstände von Arbeitgebern und einigen Regierungen gegen die Anerkennung des Arbeitsschutzes bei der ILO als grundlegendes Recht auszuräumen.

Die Regierungen müssen Arbeitnehmer_innen, die Einkommensverluste erlitten haben, weiter finanziell unterstützen und in Arbeitsplätze im Gesundheitswesen und in der Pflege,

in das Bildungssystem, die Infrastruktur und die Industriepolitik investieren. Sie müssen auf internationaler Ebene globale Standards für die Sorgfaltspflicht entlang von Lieferketten festlegen und einen globalen Sozialschutzfonds einrichten, vor allem für die ärmsten Länder. Unerlässlich ist auch die Reform des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Nur auf diesem Weg gibt es eine Aussicht, die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen doch noch zu erreichen. Der Wissenschaft kommt eine entscheidende Rolle bei der Pandemiebekämpfung zu, nur sie kann Behandlungsmethoden, Impfstoffe und Antigen-Schnelltests entwickeln. Allein kann sie es aber nicht richten. Soziale und wirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen eines neuen Sozialvertrages sind un-

Billionen Euro wurden mobilisiert, um die erste Welle der Pandemie zu bewältigen. Mehr Geld ist nötig. In den letzten Monaten haben Unternehmen in der Technologiebranche und in einigen anderen Sektoren gigantische Profite eingefahren, mehr als 20 Billionen Euro sind in Steueroasen versteckt. Eine weltweite Steuerreform muss dafür sorgen, dass diese Potenziale gehoben werden und die Erholung nicht mit Sparmaßnahmen finanziert wird. An Geld fehlt es nicht in der Welt, und dieses Geld muss in den Dienst der Menschen gestellt werden.

Autor: Tim Noonan ist Kommunikationsdirektor des Internationalen Gewerkschaftsbundes



Ein Gütesiegel für Fleisch könnte helfen, meint der Gewerkschafter

»Traumatisch« — Die Schlachtbank der Welt

Brasilien ist weltweit der größte Exporteur von Fleisch. 500.000 Arbeitnehmende schuften in der Megaindustrie. Nascimento Rodrigues kämpft heute als Gewerkschafter für sie. Einst hat er selbst blutverschmierte Böden geschrubbt und Kolleg_innen gesehen, die sich Finger abhakten oder in Depression verfielen.

Nicht nur Tiere würden in den Fleischfabriken Brasiliens geschlachtet werden, sondern auch Menschen. Das sagt ein Mann, der jahrelang selbst in Schlachthöfen schuftete: Wagner do Nascimento Rodrigues. Der 37-Jährige aus dem südlichen Bundesstaat Paraná schrubbte vor zehn Jahren blutverschmierte Böden, reinigte Hackmesser, zerkleinerte Knochen. Seine Erfahrung fasst er mit einem Wort zusammen: »Traumatisch.«

Brasilien ist der weltgrößte Exporteur von Rindfleisch und Geflügel. Brasilianisches Fleisch landet in deutschen Supermärkten, chinesischen Fast-Food-Restaurants, bei saudi-arabischen Großhändlern. Mehr als 500.000 Brasilianer_innen arbeiten in der Industrie, die von den drei Riesen JBS, BRF und Mafrig dominiert wird.

Die Schattenseiten der Megaindustrie kennt Rodrigues gut. »Ich habe die Probleme mit eigenen Augen gesehen.« Im Akkord müssen die Arbeiter_innen stundenlang die gleiche Tätigkeit ausführen. Rodrigues sah, wie sich Kolleg_innen Finger abhakten, vor Anstrengung weinten und aufgrund der monotonen Arbeit in schwere Depressionen verfielen. Heute kämpft Rodrigues als Gewerkschafter in der ländlichen Region Carambei für seine ehemaligen Kolleg_innen.

Im Jahr 2013 verabschiedete die Regierung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei PT ein Gesetz, das von den Gewerkschaften immer noch als Meilenstein gefeiert wird. Schutzmaßnahmen wurden festgeschrieben, Pausen verlängert, Inspektor_innen kontrollieren nun häufiger die Schlachthöfe. Eine breite Koalition aus Ge-

»Die Fleischindustrie war um ihr Image besorgt und hat deshalb den Reformen zugestimmt.«

werkschaften, NROs und linken Politiker_innen hatte lange für das Gesetz mobilisiert. »Die Fleischindustrie war um ihr Image besorgt und hat deshalb den Reformen zugestimmt«, meint Rodrigues. »Ohne Druck hätte sich nichts verändert.«

Dennoch: Die Bezahlung ist weiterhin sehr gering und die Firmen haben erneut den Arbeitsrhythmus erhöht. Das heißt: noch weniger Zeit, um Hähnchen zu entbeinen oder Rinder zu zerlegen. Gerade in kleineren Betrieben, erklärt Rodrigues, sei die Situation oft noch so, wie er sie damals erlebt hat. Auch regionale Unterschiede machten sich bemerkbar. Während es im Norden des Landes kaum Fortschritte gab, habe sich die Situation im Süden, wo die Gewerkschaften stark sind, deutlich verbessert.

Viele Fortschritte stehen nun jedoch auf dem Spiel. Mit Jair Bolsonaro ist ein ultraliberaler Rechtsextremist Präsident des größten Landes Lateinamerikas. Einmal erklärte er, dass sich die Arbeiter_innen entscheiden müssten: Arbeit oder Rechte. Als einer der ersten Akte löste Bolsonaro das Arbeitsministerium auf. Zudem setzte seine Regierung »einen Angriff auf die Gewerkschaften« in Gang.

Neben der neoliberalen Politik der Bolsonaro-Regierung macht nun auch die Corona-Pandemie vielen Arbeiter_innen zu schaffen. Ende September stand eine Gruppe mit weißen Schutzanzügen und Hähnchenkostümen vor der Börse in São Paulo. Der Protest war Teil der Kampagne »Das billigste Fleisch ist das Fleisch der Arbeiter«, organisiert von Lebensmittelgewerkschaften. Die Gruppe wollte mit ihrem Protest den Umgang vieler Betriebe während der Pandemie anklagen. Das Virus kann sich in den engen Schlachthöfen besonders gut ausbreiten, viele Arbeiter_innen haben aufgrund der Arbeit in den unterkühlten, oft dunkeln Hallen ein schlechtes Immunsystem. Laut Presseberichten war in einigen Bundesstaaten zwischenzeitlich ein Viertel der Belegschaften mit Covid-19 infiziert. Mehrere Fabriken mussten zeitweilig schließen.

Besonders ein Unternehmen steht in der Kritik: JBS. Das börsennotierte Unternehmen mit Sitz in São Paulo ist der größte Fleischproduzent und der zweitgrößte Lebensmittelkonzern der Welt. Während der Pandemie konnte das Unternehmen Renditen von 55 Prozent verzeichnen. Das hielt das Management nicht davon ab, in vielen Betrieben die Schutz- und Hygienemaßnahmen schleifen zu lassen und oft noch nicht einmal täglich neue Schutzmasken zur Verfügung zu stellen.

Druck bekommen die Fleischkonzerne auch zunehmend aus dem Ausland. Mit ihrem Hunger nach Anbauflächen ist die Industrie nämlich für die zunehmende Entwaldung im Amazonasgebiet mitverantwortlich. Mehrere Länder hatten unlängst angedroht, brasilianische Produkte zu boykottieren. Rodrigues hält von solchen Forderungen gar nichts. »Wenn wir nicht mehr exportieren, müssen die Fabriken schließen. Das hätte fatale Konsequenzen für die Arbeiter hier.« Ja, Druck solle hergestellt werden. Aber Märkte zu schließen, sei der falsche Weg. Ein Gütesiegel könne helfen, meint der Gewerkschafter. Denn: Fair produziertes, umweltverträgliches Fleisch ist möglich.

Autor: Niklas Franzen beschäftigt sich als Journalist mit Brasilien, er hat mehrere Jahre in São Paulo gelebt



Angst, weggeschwemmt zu werden

Die Arbeiter_innen in den Produktionsländern der großen Modeketten sind von den Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die starke Abhängigkeit in den Lieferketten macht ihnen auch in der nächsten Welle Sorgen.

Die Bekleidungsindustrie leidet von Anbeginn der Corona-Pandemie besonders unter deren ökonomischen und sozialen Folgen. Entlang der gesamten globalen Lieferkette zeigen sich die Auswirkungen von Lockdowns, Betriebsschließungen und Kontaktbeschränkungen. So schätzt der Kreditversicherer Euler Hermes die Umsatzverluste der Textilhändler allein in Deutschland auf rund 12 Milliarden Euro; acht große Unternehmen mussten Insolvenz anmelden, und von allen Branchen in Deutschland sieht Euler Hermes die der Bekleidung am anfälligsten für weitere Pleiten.

ten Aufträge zu zahlen, 10 wollten die Frage nicht beantworten.

Die Leidtragenden der Stornierungen sitzen am Anfang der Lieferkette. Kürzlich veröffentlichte die Internationale Arbeitsorganisation ILO eine Studie mit dem Titel »Die Welle der Ansteckung in der Lieferkette: Wie Covid-19 sich auf Arbeiter_innen und Fabriken in Asien und der Pazifik-Region auswirkt«. Demnach sanken die Exporte aus den klassischen Fabrikationsländern Bangladesch, Kambodscha, China, Indien, Indonesien, Myanmar, Pakistan, Philippinen, Sri Lanka und Vietnam in die Industriestaaten in der ersten Jahreshälfte um etwa 70 Prozent. Für die meisten Textilarbeiter innen bedeutete dies mehrere Wochen Arbeitslosigkeit, viele verdienten weniger oder bekamen ihren Lohn verspätet.

Am stärksten von zeitweiliger Freistellung oder gar von Entlassung betroffen waren Wanderarbeiter_innen. Die Organisation Clean Clofrage unter 2.259 zwischenstaatlichen Wanderarbeiter_innen aus den indischen Regionen Bihar und Jharkhand kehrte fast die Hälfte der Befragten letztlich in ihre Heimat zurück. Etwa ein Drittel wurde arbeitslos, 37 Prozent mussten unbezahlten Urlaub nehmen. Das soziale Netz fing sie nur zum Teil auf: Etwa die Hälfte der Wanderarbeiter_innen erhielt staatliche Hilfe in Form von Geld oder Nahrung, doch 31 Prozent gingen leer aus.

All dies sind die Auswirkungen der ersten Covid-19-Welle in Europa und Amerika. Am Ende des Sommers meldeten Unternehmerverbände aus Südost-Asien eine vorsichtige Erholung: Unternehmerverbände aus Bangladesch verzeichneten steigende Bestellungen und erwarteten höhere Einnahmen. Wieder zunehmende Überweisungen von im Ausland beschäftigten Arbeiter_innen nach Bangladesch zeigten, dass es auch dort wirtschaftlich aufwärts ging. Die Asiatische Entwicklungsbank schätzte, dass die Wirtschaft in den Textilländern wieder auf Wachstumskurs kommen würde.

Darum weckt die zweite Welle der Pandemie in Europa große Befürchtungen in den Produktionsländern, dass sich die Entwicklung der ersten Jahreshälfte wiederholt. Während in Deutschland bislang noch moderate Einschränkungen gelten, sind in den meisten anderen Ländern Europas Boutiquen und Kaufhäuser geschlossen. Die Gefahr ist also groß, dass die Hersteller erneut auf Auftragsstornierungen und nicht bezahlten Rechnungen sitzen bleiben werden.

Und noch eine Entwicklung diesen Jahres sehen die Arbeiter_innen mit Sorge: Schon immer waren organisierte Proteste gegen ihre Arbeitsbedingungen den häufig autoritären Regierungen in den Produktionsländern ein Dorn im Auge. Mit der Pandemiebekämpfung haben sie nun »die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter verstärkt«, sagte Ben Hensler, General Counsel beim Worker Rights Consortium kürzlich dem britischen Guardian, »die Pandemie hat den Tätern gleichzeitig eine politische Deckung gegeben«. Hoffnung hingegen geben Konzepte wie dieses: Gemeinsam haben Unternehmen und Entwicklungsorganisationen die Kampagne #PayUp gestartet. Darin fordern sie die Modemarken der Industrieländer dazu auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen, bestellte Ware abzunehmen und offene Rechnungen zu bezahlen.



Der Export von Textilien aus Bangladesch ist komplett eingebrochen

Dabei leidet die Branche ohnehin seit Jahren unter einer Überproduktion und kämpft mit der Digitalisierung – Stichwort: Onlinehandel. Ihre Probleme reichen die meisten Modemarken der Industrieländer jedoch entlang der Lieferkette weiter. Laut einer Umfrage der Organisation Business & Human Rights Resource Centre unter 50 großen Modeunternehmen hat die Mehrheit auch im Corona-Jahr Gewinne verzeichnet. Von diesen 29 Unternehmen hatten demnach 9 nicht vor, für alle vor der Krise erteilthes Campaign berichtet etwa aus Malaysia, dass während der ersten Welle der Pandemie über 1.000 Wanderarbeiter_innen ohne Papiere verhaftet und in Gefängnissen eingesperrt wurden, die sich später als Hotspots des Corona-Virus herausstellten. Die malaysische Regierung sah die Verantwortung für die Arbeiter_innen in den jeweiligen Herkunftsländern. Laut einem gemeinsamen Bericht von Wissenschaftler_innen der Universität Warwick und des Forschungsnetzwerks J-PAL auf Grundlage einer Telefonum-



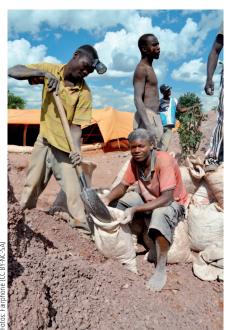
Autorin: Heike Holdinghausen ist Journalistin in Berlin. Sie schrieb u.a. »Dreimal anziehen, weg damit: Was ist der wirkliche Preis für T-Shirts, Jeans und Co?«, Westend Verlag 2015

Volks-Ja zu Konzernverantwortung

Die Schweizer innen stimmten im November mehrheitlich für ein Lieferkettengesetz, das auch den Bergbaukonzern Glencore an die Kette nehmen sollte. Es scheiterte trotzdem. Das ist vor allem bitter für die Menschen in den Minen der Demokratischen Republik Kongo.

Mutombo Kasuyi war eines der Gesichter der Kampagne. Das Sicherheitspersonal des Schweizer Bergbaukonzerns Glencore hatte den 23-Jährigen 2014 im Umland der Stadt Kolwezi im Süden der Demokratischen Republik Kongo aufgegriffen, als er das Minengelände überquerte. Offenbar warfen sie ihm vor, als sogenannter wilder Schürfer ohne Erlaubnis des Konzerns Metallerze mitgenommen zu haben. Dass er festgenommen wurde, war das letzte, was seine Angehörigen von Kasuyi erfuhren. Seitdem ist er spurlos verschwunden.

Kasuyis Geschichte ist eines der vielen konkreten Beispiele, mit denen mehr als 130 NROs, die Gewerkschaften, die Kirchen und die grünen und sozialdemokratischen Parteien der Schweiz für die »Volksinitiative für verantwortungsvolle Unternehmen - zum Schutz von Menschen und Umwelt« warben. Mit einem Referendum wollten sie erreichen, dass in der Schweiz ansässige Konzerne umfangreiche Umwelt- und Menschenrechtsstandards einhalten müssen und auch für Verstöße dagegen in ihren Wertschöpfungsketten haftbar gemacht werden können. Es wäre das bislang weitreichendste Lieferkettengesetz der Welt gewesen.



Minenarbeiter in Kolwez

Am 29. November 2020 stimmten 50,7 Prozent der Schweizer Wählenden für die Volksinitiative. Nicht zustande kam allerdings die zusätzlich erforderliche Mehrheit der Kantone. Damit scheiterte die Initiative. Immerhin wird nun ein Gegenvorschlag der Regierung Gesetz, der die Unternehmen verpflichtet, regelmäßig Bericht zu erstatten und bei sogenannten Konfliktmineralien auch Sorgfaltsprüfungen durchzuführen. Bei Verstößen soll es Bußgelder geben. Das entspricht in etwa dem, was auch die bisher bekannten Eckpunkte zum geplanten deutschen Lieferkettengesetz vorsehen, das seit dem Sommer auf Eis liegt.

Den Angehörigen von Kasuyi wird die abgeschwächte neue Regelung nichts nützen. Sie hatten einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Brot für alle zufolge darauf gehofft, vor einem Zivilgericht in der Schweiz eine Schadenersatzklage erheben zu können. Im Kongo selbst hatten sie vergeblich versucht, den Fall juristisch aufarbeiten zu lassen. Ein Gerichtsverfahren wurde jahrelang verschleppt, die Akte Anfang dieses Jahres als »verloren« gemeldet.



Tatsächlich sind ähnliche Vorfälle, aber auch Unfälle im Zusammenhang mit den Minen des Kongo an der Tagesordnung. Immer wieder gelangen Chemikalien und belastete Flüssigkeiten in die Flüsse oder auf die Felder in der Nähe der Minen und verseuchen Wasser und Böden. 2019 kamen 21 Menschen zu Tode, als ein Tanklastzug mit Schwefelsäure für die Kupfer-Abtrennung verunglückte. 43 weitere starben beim Einbruch von vermutlich illegal angelegten Tunneln.

Die Demokratische Republik Kongo ist für internationale Konzerne besonders interessant, weil sie über die Rohstoffe verfügt, die für die Wirtschaft der Zukunft gebraucht werden. Rund 60 Prozent des weltweit verwendeten Kobalt stammt aus kongolesischer Produktion. Kobalt wird neben Lithium und Jod für die Produktion von Batterien für Elektroautos und Akkus einge-

Vor allem die Arbeitsbedingungen bei den einheimischen Subfirmen oder im informellen Sektor, wo den globalen Konzernen zugearbeitet wird, sind prekär. Nach Schätzungen der Hilfsorganisation Ökumenisches Netz Zentral-

»2019 kamen 21 Menschen zu Tode, als ein Tanklastzug mit Schwefelsäure für die Kupfer-Abtrennung verunglückte.«

afrika arbeiten dort mehr als zwei Millionen Menschen, auch Kinder, die für umgerechnet 0,75 Dollar pro Tag kobalthaltige Steinbrocken aus den oft niedrigen Stollen bis zu den Produktionsanlagen schleppen, in denen die Abtrennung des Metalls erfolgt. Kommt es zu Unfällen, schieben die Bergbaufirmen als ökonomische Nutznießer die Schuld auf die »illegalen Schürfer«, von denen es dann heißt, diese hätten am Ort ihrer Tätigkeit eigentlich nichts zu suchen gehabt.

Gewerkschaftlich organisieren können sich diese Informellen nicht; ohnehin beschränkt sich die Organisationsmacht der Gewerkschaften der Dachverbände CSC und CDT weitgehend auf den öffentlichen Dienst sowie die katholischen Privatschulen. Theoretisch müssen sich Kleinschürfer nach dem Bergbaugesetzbuch schon seit 2002 in »Kooperativen« zusammenschließen, die ihnen eine kollektive Interessenvertretung – und dem Staat eine geregelte Besteuerung - ermöglichen sollen. In der Praxis herrschen innerhalb der Kooperativen aber strikte Hierarchien, an ihrer Spitze stehen etwa Provinzgouverneure oder Militärs.

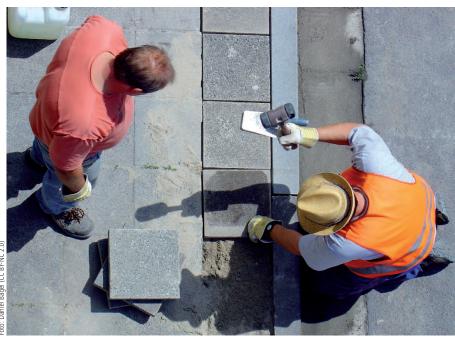
Die Organisation Brot für alle setzt deshalb auch nach dem verlorenen Referendum weiter darauf, die Missstände gemeinsam mit den Partnerorganisationen vor Ort anzusprechen, öffentlich zu machen und Gerechtigkeit bei den großen Playern einzufordern. »Das Volks-Ja zeigt, dass Schweizer Konzerne auch im Ausland Verantwortung übernehmen müssen«, heißt es. Aber eigentlich nicht nur Schweizer Konzerne.



Autor: Bernard Schmid ist Journalist und Anwalt in Paris. Er berichtet unter anderem über das französischsprachige Afrika



»Wir brauchen das Verbandsklagerecht«



Die Bauwirtschaft ist eine der vier großen Branchen, in denen viele entsendete Arbeitnehmer innen arbeiten

Grenzübergreifend entsandte Beschäftigte sind in der Corona-Krise kaum abgesichert. Das verschärft ihre prekäre Situation. Wie das Projekt Fair Mobility helfen kann, erklärt Michaela Dälken im Interview.

Nord | Süd news: Michaela Dälken, was ist Fair Mobility?

Michaela Dälken: Uns geht es um faire Bedingungen für mobile Arbeit. Auch Menschen, die nur für ein paar Wochen oder Monate nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten, sollen ihren gerechten Lohn bekommen und unter vernünftigen Bedingungen arbeiten können. Das ist bei mobiler Arbeit jedoch oft nicht der Fall.

Warum ist das so?

Deutsche Arbeitgeber nutzen die Zwangslage dieser Menschen aus – und das mit System. Sie betrügen sie um ihren Lohn, lassen sie zu lange arbeiten, dokumentieren ihre Arbeitszeiten nicht etc. Zwar unterstehen die entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Teil dem deutschen Arbeitsrecht, aber das müssen sie durchsetzen. Im Zweifel vor Gericht – und das meiden die meisten, weil sie wieder eingestellt werden wollen. Die Firmen wissen das, so haben sich regelrecht mafiöse Strukturen ausgebildet.

Welche Branchen sind vor allem betroffen?

Meist sind dies Beschäftigte aus Ost- und Mitteleuropa - LKW-Fahrer_innen, Bauarbeiter_innen, Pflegekräfte in Privathaushalten, aber auch Hilfskräfte in der Landwirtschaft.

Mit dem DGB-Projekt »Fair Working Conditions« soll Abhilfe geschaffen werden. Wie?

Wir bauen ein transnationales Beratungsnetzwerk für entsandte Arbeitnehmer_innen in Europa auf. Wir haben mittlerweile gewerkschaftliche und gewerkschaftsnahe Beratungsstellen in Kroatien, Polen, Ungarn, Rumänien und Slowenien. Diese vernetzen sich mit den Beratungsstellen in Deutschland, wie zum Beispiel der vom DGB Faire Mobilität.

»Wir hatten jetzt einen Fall, in dem ein LKW-Fahrer um mehrere Tausend Euro Lohn betrogen wurde.«

Wie funktioniert das Netzwerk?

Jede Beratungsstelle konzentriert sich auf eine bestimmte Branche. Die Gewerkschaft OPZZ in Polen richtet sich speziell an Pflegekräfte, die in privaten Haushalten arbeiten. Die VASAS in Ungarn ist eine Metallarbeitergewerkschaft. Die rumänische BNS und die kroatische SSSH legen jeweils ihren Schwerpunkt auf die Bauwirtschaft, während sich die Beratungsstelle der ZSSS in Slowenien auf entsandte Lkw-Fahrer_innen spezialisiert hat.

Und wie laufen die Beratungen ab?

Wir informieren die Arbeitswilligen über ihre Rechte auf dem deutschen Arbeitsmarkt, noch bevor sie ihr Heimatland verlassen. Nach der Rückkehr helfen die Beratungsstellen bei der

Geltendmachung ihrer Ansprüche gegenüber dem Arbeitgeber und in sozialen Fragen, zum Beispiel bei der Krankenversicherung oder Arbeitsunfällen. Wir hatten jetzt einen Fall, in dem ein LKW-Fahrer um mehrere Tausend Euro Lohn betrogen wurde und viel zu lange Fahrtzeiten hatte. Außerdem vernetzen wir uns europaweit und setzen uns gemeinsam auf politischer Ebene für bessere Arbeitsbedingungen entsandter Beschäftigter ein.

Was bedeutet die Corona-Krise für die Wanderarbeiter_innen?

Corona hat ganz viele neue Anforderungen an uns gestellt. Zunächst standen wir vor der Frage, ob entsandte Beschäftigte in Kurzarbeit gehen können. Das können sie nicht. Damit stehen sie ohne jede Absicherung da und viele wurden entlassen. Dann kam die Frage auf, wer die Quarantäne bezahlt, falls eine nötig werden sollte. Die Frage ist noch strittig und führt zu ständigen Problemen. Als im Frühjahr die innereuropäischen Grenzen geschlossen wurden, konnten Tausende nicht zur Arbeit kommen, standen plötzlich ohne Einkommen und Unterstützungsleistung da. Oder sie saßen hier und konnten nicht in ihr Herkunftsland zurück. Das alles hat für einen enormen Druck in dem Sektor gesorgt. Das sind prekär Beschäftigte, sie sind auf das Geld angewiesen, haben keine finanziellen Reserven. Also kommen sie um jeden Preis zur Arbeit. Die Folge sind noch mehr Ausbeutung oder sogar Gewalt durch die Arbeitgeber. Die Situation ist derzeit äußerst angespannt.

Was heißt das für Fair Mobility?

Wir beraten coronabedingt sehr viel mehr. Um den Beschäftigten ihren Lohn zu verschaffen, versuchen wir meist, zunächst an die Generalunternehmer heranzutreten. Klagen wollen ja nur die wenigsten Betroffenen.

Wo kein Kläger, da kein Recht. Wie kommt man aus diesem Dilemma raus?

Wir brauchen als Gewerkschaften unbedingt das Verbandsklagerecht, damit wir anstelle der entsandten Arbeitnehmer_innen klagen und endlich die mafiösen Strukturen auflösen können.





Interviewte: Michaela Dälken ist Leiterin des Kompetenzzentrum Migration beim DGB Bildungswerk

> Interviewerin: Uta von Schrenk arbeitet als Journalistin vor allem zu gewerkschaftlichen Themen

Gewerkschaftsbewegung »unerlässlich«

Es sind drei Schwerpunkte, die sich der Internationale Gewerkschaftsbund IGB für das kommende Jahr vorgenommen hat. Erstens »Ein neuer Sozialvertrag für Erholung und Resilienz«, zweitens »Arbeit klima- und beschäftigungssicher machen mit just transition« und drittens »Demokratien für die Menschen«. Dies hat der IGB-Generalrat auf seiner Tagung am 24. und 25. November beschlossen. Die Grundpfeiler seien »Frieden, Demokratie und Rechte; Regulierung der Wirtschaftsmacht; Globale Verschiebungen/Gerechte Übergänge; Gleichstellung«. IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow erklärte, zur Bewältigung der vier gegenwärtigen Krisen - der Pandemie, der Ungleichheit, der Diskriminierung wegen Herkunft oder Geschlecht, des Klimawandels – sei die Arbeit der internationalen Gewerkschaftsbewegung »unerlässlich.«



Steht für die internationale Gewerkschaftsbewegung Sharan Burrow

Todesanzeigen für lebende Gewerkschafter

Es ist eine Morddrohung: 16 Trauerkränze, jeder mit den Worten »Ruhe in Frieden« verschickt an 16 Gewerkschaftsvorsitzende in Kolumbien. 15 von den Gewerkschafter_innen gehören zur kolumbianischen Föderation von Beschäftigten im Bildungsbereich (FECODE), einer ist der Vorsitzende der Gewerkschaftsbundes CUT. Das war am 26. Oktober. Zugleich erhielt der Referendar für Rechtsangelegenheiten der FECODE 16 Ker-



Aufruf für sofortigen Schutz

zen und 16 Todesanzeigen mit den Namen der Vorsitzenden. Die Drohungen folgten auf die Aktionen der Gewerkschaft im Zusammenhang mit der Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Wirtschaftskrise in Kolumbien, heißt es in einem Solidaritätsaufruf von FE-CODE und Education International. Sie fordern darin sofortige Schutzmaßnahmen für den gesamten Vorstand von FECODE und alle Gewerkschafter innen und Aktivist innen von den kolumbianischen Behörden. Zwischen 1986 und 2016 hat die FECODE und die Escuela Nacional Sindical 6119 Angriffe auf Leben, physische Gesundheit und Freiheit von Bildungsgewerkschaftsmitgliedern in Kolumbien gezählt.



Wer unterzeichnen will: https://www.labourstartcampaigns.net/show_campaign.cgi?c=4604

Alles andere als fair: Amazon

Kaum ein anderer hat in der Corona-Pandemie so gute Geschäfte gemacht wie er: Jeff Bezos, Chef des Online-Versandhandels Amazon. Im dritten Quartal 2020 machte er im Vergleich zum Quartal des Vorjahres 37 Prozent mehr Umsatz: 96,1 Milliarden Dollar. Der Gewinn verdreifachte sich auf einen Rekordwert von 6,3 Milliarden Dollar. Für Beschäftigte des Unternehmens blieben die Arbeitsbedingungen hingegen schlecht. Gesundheits- und Sicherheitsstandards würden unterlaufen, Gewerkschaftstätigkeiten abgestraft oder unterdrückt, schreibt Amnesty International. Zum »Black Friday« forderte die Menschenrechtsorganisation zusammen mit anderen endlich die Gründung von Gewerkschaften zuzulassen und die grundlegenden Rechte der Beschäftigten zu respektieren.



Corona-Gewinner Jeff Bezos

Aktion gegen Gewalt an Frauen

Es kann jede Frau treffen, egal in welchem Alter, egal welcher soziale oder kulturelle Hintergrund: Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist noch immer eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen der Welt. Allein in

Deutschland wird an jedem dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet, alle 45 Minuten wird – statistisch gesehen – eine Frau Opfer von Partnergewalt. Seit 1991 ist der 25. November offiziell als internationaler Gedenktag für die Opfer von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Vereinten Nationen anerkannt. Der Gedenktag geht auf den Todestag der drei Schwestern Mirabel im Jahr 1960 zurück, die wegen ihres Widerstands gegen Diktator Trujillo in der Dominikanischen Republik ermordet wurden. Die Kampagne »16 days of Activism against Gender-Based Violence« sorgt seither vom 25. November bis zum 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, weltweit mit Aktionen für Aufmerksamkeit, um der Gewalt gegen Mädchen und Frauen ein Ende zu setzen. Seit 2008 ist die Kampagen Teil der »UniTE to End Violence against Women«- Kampagne Orange the World des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, die von UN Women durchgeführt wird.



Stopp Gewalt – Orange the World Workshop

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e. V. Vorsitzende: Elke Hannack Geschäftsführerin: Claudia Meyer Verantwortlich: Valerie Franze Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms Satz: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND e. V. Nord | Süd-Netz Franz-Rennefeld-Weg 5 40472 Düsseldorf

Tel: 0211/4301-329 Fax: 0211/4301-500 nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgebei verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des





Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

